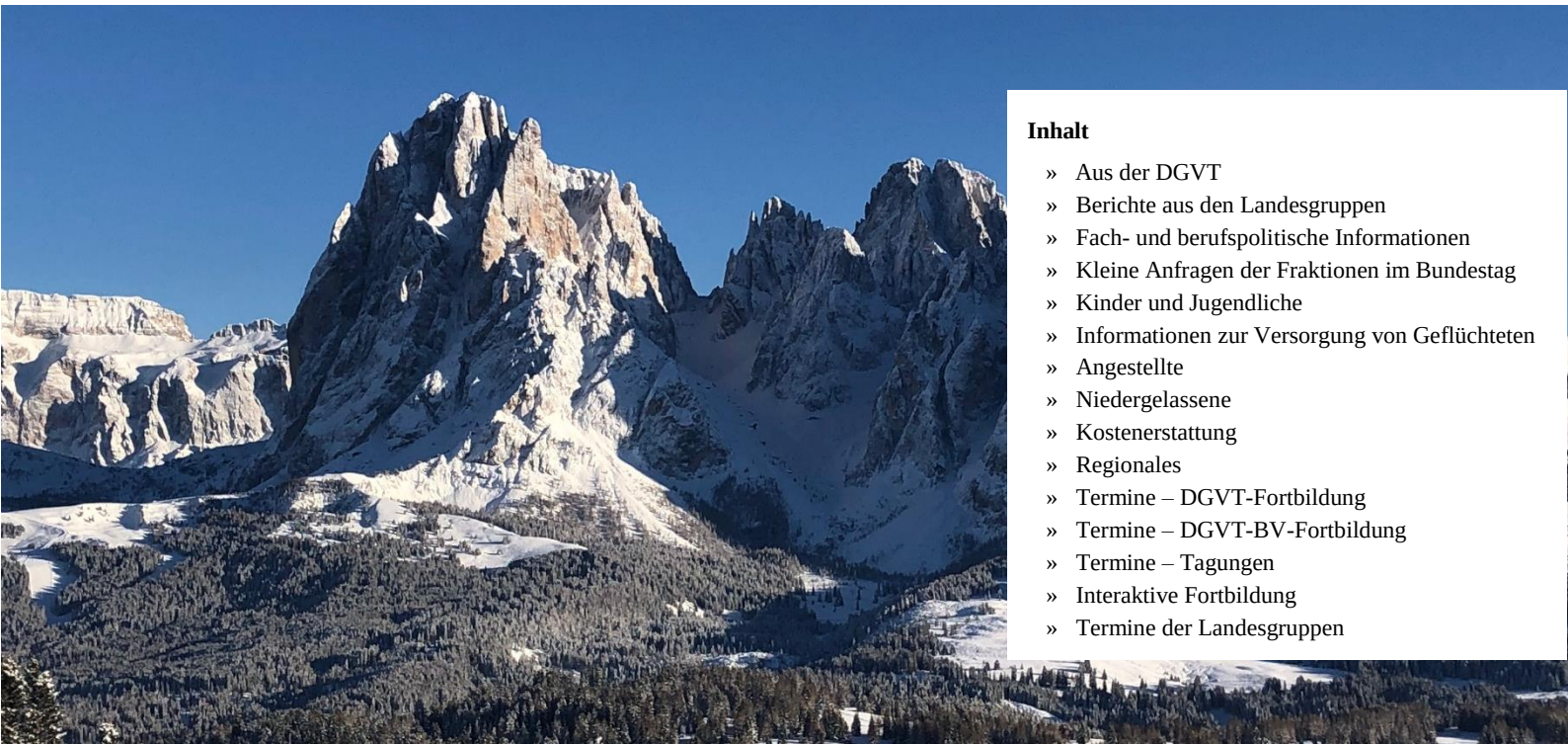


Aktuelles aus der psychosozialen Fach- und Berufspolitik der DGVt und des DGVt-BV

Ausgabe 1/2020 – 5. Februar 2020



Inhalt

- » Aus der DGVt
- » Berichte aus den Landesgruppen
- » Fach- und berufspolitische Informationen
- » Kleine Anfragen der Fraktionen im Bundestag
- » Kinder und Jugendliche
- » Informationen zur Versorgung von Geflüchteten
- » Angestellte
- » Niedergelassene
- » Kostenerstattung
- » Regionales
- » Termine – DGVt-Fortbildung
- » Termine – DGVt-BV-Fortbildung
- » Termine – Tagungen
- » Interaktive Fortbildung
- » Termine der Landesgruppen

Liebe Mitglieder,

zum 1. September 2020 tritt das Gesetz zur Reform der Psychotherapieausbildung in Kraft. Damit wird Psychotherapie ein eigenständiger Studiengang mit Bachelor-Master-Struktur, der nach dem Abitur begonnen werden kann und mit einer staatlichen Approbationsprüfung abschließt, an die sich wiederum eine mehrjährige Weiterbildung anschließt. Insbesondere in der Übergangszeit von der bisherigen Struktur der Psychotherapieausbildung zur neuen Form mit einem Hochschulstudium ergeben sich für viele, die bereits eine Ausbildung begonnen haben oder dies in naher Zukunft beabsichtigen, eine ganze Reihe von Fragen. Deshalb hat die DGVt-AusbildungsAkademie jetzt ein neues Informationsportal im Internet eingerichtet, das Orientierung gibt und Antworten auf diese Fragen bietet. Die Informationen sind für alle kostenfrei zugänglich unter: www.PsychotherapeutIn-werden.de. Wir würden uns freuen, wenn Sie die Seite an Interessierte weiterleiten.

Das Bundesgesundheitsministerium hat auch das Jahr 2020 mit neuen Gesetzesvorhaben begonnen. Der aktuellste Entwurf zum Patientendaten-Schutzgesetz beinhaltet die gesetzlichen Regelungen zur Einführung der elektronischen Patientenakte (ePA), die im kommenden Jahr auf den Weg gebracht werden soll. Der vorgelegte Entwurf des Patientendaten-Schutzgesetzes sieht vor, dass es jedem/jeder gesetzlich Versicherten überlassen ist, ob Daten in die ePA übertragen werden sollen. Entwarnung bedeutet das jedoch noch nicht, da weiterhin grundlegende Fragen des Datenschutzes im Gesundheitswesen ungelöst sind. Der Referentenentwurf soll im März oder April vom Bundeskabinett beschlossen werden.

Die Vorbereitungen für den 31. DGVT-Kongress mit dem Rahmenthema „[BRAVE NEW \(PSYCHO\) THERAPY](#)“ haben bereits begonnen. Welche Veränderungen ergeben sich in der Gesellschaft, für Klient*innen, Therapeut*innen und anderen Gesundheitsberufen. Das Themenspektrum reicht von sozialer Ungleichheit und Ökonomisierung, über Digitalisierung und Reform der Ausbildung, bis hin zu neuen Herausforderungen in der Versorgung. Wir laden Sie dazu ein, sich am Kongress mit Angeboten zu beteiligen, Ihre Forschungsergebnisse, Erfahrungen oder praktischen Kenntnisse einzubringen und so den Kongress aktiv mitzugestalten. Ihre Beiträge sind in Form von Symposien, Postern, Referaten, Round-Table-Diskussionen, Workshops und kulturellen Formaten willkommen.

Für die Berufspraxis haben wir wieder vielfältige Informationen zu interessanten Projekten, Berichten und Studien in diesem Newsletter zusammengefasst.

Und noch ein Hinweis in eigener Sache: Haben Sie uns schon auf Facebook, Twitter und Instagram entdeckt? Dort informieren wir über viele interessante Themen rund um psychische Gesundheit, neue Gesetze, neue Studien und interessante Projekte unseres Verbands - diskutieren Sie mit!

Mit den besten Grüßen,

Waltraud Deubert, Kerstin Burgdorf, Aline Schneider und das Team aus der Bundesgeschäftsstelle

Aus der DGVT

- **Internetportal bietet Orientierung in Ausbildungsfragen**

Die DGVT-AusbildungsAkademie informiert mit einem neuen Internetportal über Wege in den Beruf nach der Reform der Psychotherapieausbildung.

www.PsychotherapeutIn-werden.de



- **Interview: Jetzt Psychotherapeut*in werden – welche Möglichkeiten gibt es und welcher Weg ist der richtige für mich?**

Das novellierte Psychotherapeutengesetz kommt – und zwar schon sehr bald. Viele Studierende, aber auch Studienanfänger*innen sind verunsichert, weil sie nicht wissen, ob sie eine Ausbildung nach dem „alten Modell“ anstreben oder doch lieber warten und gleich ins neue Modell einsteigen sollen. Unsicherheiten herrschen aber auch auf Seiten der PiA. Wie lange wird es das bisherige Ausbildungsangebot tatsächlich noch geben? Dieses Mal im Interview Martin Wierzyk, Studienberater für Psychologie an der Universität Bielefeld und PiA bei der DGVT-AusbildungsAkademie sowie Günter Ruggaber, Geschäftsführer der DGVT-AusbildungsAkademie.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

- **Die DGVT-PiA-AG informiert über das kommende PiA-Politik-Treffen**

Das 17. PiA-Politik-Treffen (PPT) findet am Sonntag, den 22. März 2020, in Berlin statt. Unter dem Motto "[Katerstimmung?! – Konsequenzen der Reform für PiA](#)" lädt das Organisationsteam zur Auseinandersetzung darüber ein, was das nun beschlossene Gesetz für aktive und für zukünftige PiA nach dem alten Ausbildungsmodell für Folgen haben wird.

Es sollen Expert*innen befragt werden, wie die Regelungen des neuen Gesetzes für PiA (40% Honorarausschüttung in den Ambulanzen und 1000,- € für die Praktische Tätigkeit in Kliniken) zu verstehen und umzusetzen sind. Ferner soll diskutiert werden, was PiA aktuell an Unterstützung und Aktionen gebrauchen können, um ihre finanziellen Ansprüche durchzusetzen.

Die Teilnahme am PPT ist kostenfrei. Um Anmeldung über die [Homepage](#) wird gebeten.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

- **Berliner Versorgungsinitiative PSY-CARE und DGVt verbessern Versorgungssituation pflegebedürftiger Menschen mit Depression im Alter**

Der deutliche Zusammenhang zwischen Depression und beeinträchtigter Lebensqualität bei pflegebedürftigen älteren Menschen macht es zu einer wichtigen gesundheitspolitischen Aufgabe, depressive Erkrankungen zu erkennen und angemessen zu behandeln. Doch unser Gesundheitssystem ist kaum auf die psychotherapeutische Versorgung hochbetagter, multimorbider und immobiler Menschen eingestellt und aufsuchende Angebote sind absolute Ausnahmen. Unter der Projektleitung von Prof. Dr. Eva-Marie Kessler, Professorin für Gerontopsychologie, widmet sich das Modellprojekt PSY-CARE seit Juni 2018 nun dieser wachsenden Patient*innengruppe und untersucht insbesondere, ob eine ambulante Kurzzeit-Verhaltenstherapie in Austausch mit zentralen Versorgungsakteuren bei zuhauselebenden Menschen mit Pflegebedarf und Depression im Alter wirkt und einem psychoedukativ-beratenden Angebot überlegen ist.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

Die Anmeldung neuer Teilnehmer*innen ist noch bis Ende März 2020 möglich. Auch interessierte Verhaltenstherapeut*innen können sich gerne weiterhin unter info@psy-care.de melden, -insbesondere in an Berlin angrenzenden Regionen Brandenburgs werden weiterhin kooperierende Therapeut*innen für eine Zusammenarbeit gesucht.

Mehr Informationen für Interessierte sind [hier](#) sowie in einem Interview mit Prof. Dr. Eva-Marie Kessler in der [Berliner Zeitung](#) zu finden.

- **DGVt wendet sich gegen die Instrumentalisierung psychisch erkrankter Menschen**

Dass die Gründe für eine Flucht aus dem Heimatland und die Fluchterfahrungen Ursachen für Traumatisierungen und psychische Probleme sein können, ist hinlänglich bekannt. Umso wichtiger sind entsprechende niederschwellige und professionelle Angebote, mit deren Hilfe solche Erfahrungen – auch psychotherapeutisch – bearbeitet werden können.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

- **Appell an Minister Spahn: Honorarkürzungen für Psychotherapeut*innen und Ärzt*innen, die nicht an die Telematik angeschlossen sind, müssen unverzüglich ausgesetzt werden**

Der DGVt-Berufsverband fordert, anlässlich der aktuell vom Chaos Computer Club offen gelegten Datenschutz-Lücke bei der Telematikinfrastruktur (TI), Bundesgesundheitsminister Jens Spahn als verantwortlichen Minister dazu auf, dass die Honorarkürzungen für diejenigen Vertragsbehandler*innen, die sich bislang aus Sorge um die Sicherheit schützenswerter Patient*innendaten nicht an die TI haben anschließen lassen, sofort ausgesetzt werden. Bereits einbehaltene Honorarkürzungen müssen rückgängig gemacht werden.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

- **Reform der Bedarfsplanung - Zusätzliche Praxissitze**

In den nächsten Wochen wird der DGVt-BV die Mitglieder über die Mailinglisten und den internen Mitgliederbereich sukzessive über die Umsetzung der neuen Bedarfsplanung in den einzelnen KVen informieren – sobald entsprechende Informationen vorliegen. Neue Niederlassungen (ca. 800 neue Sitze bundesweit) sind im Grunde nur in den Kreistypen 2, 3 und 4 zu erwarten (das sind Kreise außerhalb von Großstädten und Ballungszentren). Änderungen im Kreistyp 5 und im Ruhrgebiet fallen – leider – nur sehr gering aus; eine größere Zahl an neuen Sitzen (bezogen auf die Bevölkerungszahlen) wird es in Brandenburg und Sachsen-Anhalt geben. Aktuell liegen Informationen zu neuen Sitzen aus der KV Schleswig-Holstein, Westfalen-Lippe und Bayern vor.

- **Patientenbeauftragte der Bundesregierung, Prof. Dr. Claudia Schmidtke (MdB), antwortet auf unser Schreiben zum Datenschutz**

In ihrem Antwortschreiben vom 09. Dezember 2019 auf unsere Resolution zum Thema Datenschutz / ePA versichert die Beauftragte der Bundesregierung für die Belange der Patient*innen, Prof. Dr. Claudia Schmidtke, sich dafür einzusetzen, dass die Beibehaltung des Freiwilligkeitsprinzips und des hohen Sicherheitsstandards zum Schutz der sensiblen Patient*innenendaten als Grundsätze in den Gesetzgebungsprozess für das neue E-Health-Gesetz einfließen werden.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

Berichte aus den Landesgruppen

- **Kammerwahl Niedersachsen 2020**

Im Rahmen der Wahl zur Kammerversammlung der Psychotherapeutenkammer Niedersachsen engagieren sich unsere Kandidat*innen von DGVt und DGVt-BV auf der Liste "VT in Kooperation" und stellen sich für den PP- und den KJP-Bereich zur Wahl. Unser Wahlprogramm sowie unsere Kandidat*innen stellen wir in unserer [PP-Broschüre](#) sowie in unserer [KJP-Broschüre](#) vor. Ausführlichere Informationen finden Sie unter www.vt-in-kooperation.de.

Fach- und berufspolitische Informationen

- **Spahn legt "Patientendaten-Schutzgesetz" vor**

Das BMG hat am 30. Januar 2020 den Entwurf des Patientendaten-Schutzgesetzes (PDSG) vorgelegt. Das PDSG ist als Fortschreibung zum Digitale-Versorgung-Gesetz (DVG) geplant und enthält auch weitere Bestimmungen zur elektronischen Patientenakte. Sie soll ab 2022 neben Arztberichten, Impfausweisen oder Röntgenbildern auch Mutterpass, U-Heft für Kinder und Zahn-Bonusheft enthalten. Für die „Erstbefüllung“ mit Daten sollen die Ärzte 10 Euro erhalten.

Eine kritische Bewertung durch die DGVt wird noch erfolgen.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

- **Beratungsverfahren zu anerkannten Richtlinienverfahren wird eingestellt**

Mit einem entsprechenden Beschluss hat der Gemeinsame Bundesausschuss (G-BA) am 19. Dezember 2019 in Berlin das im Jahr 2008 aufgrund einer Selbstverpflichtung aufgenommene Beratungsverfahren zu den anerkannten Psychotherapieverfahren der Psychotherapie-Richtlinie eingestellt. Es geht um die Tiefenpsychologisch fundierte Psychotherapie, Analytische Psychotherapie und die Verhaltenstherapie. Aus diesem Verfahrensbeschluss ergeben sich keine Veränderungen des geltenden Leistungsanspruchs auf Psychotherapie zulasten der gesetzlichen Krankenversicherung.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

- **Der Paritätische Armutsbericht 2019**

Am 12. Dezember 2019 hat der Paritätische Gesamtverband seinen Armutsbericht 2019 vorgestellt. Er enthält eine detaillierte Betrachtung der Armutsentwicklung in den vergangenen zehn Jahren, insbesondere im Vergleich zwischen Bundesländern und Regionen.

Trotz eines erfreulichen Rückgangs der bundesweiten Armutsquote auf 15,5 Prozent im Jahr 2018, zeichnen sich besorgniserregende Entwicklungen und neue Problemregionen insbesondere in Westdeutschland ab. 30 Jahre nach dem Mauerfall zeigt sich Deutschland nach wie vor als sozial zerklüftetes Land, allerdings verläuft der Graben längst nicht mehr nur zwischen Ost und West. Vielmehr ist Deutschland bei der Armut inzwischen viergeteilt, in den Süden (11,8 % Armutsquote), den Osten (17,5 %), Nordrhein-Westfalen (18,1 %) und die weiteren Regionen Westdeutschlands (15,9 %). Mit Blick auf einzelne Bevölkerungsgruppen ist die besondere Dynamik der Altersarmut und der Armut Erwerbstätiger auffällig: Die Armut von Rentner*innen ist in den letzten zehn Jahren um 33 % und damit so stark wie bei keiner anderen Gruppe angestiegen. Von den erwachsenen Armen sind 29 % in Rente oder Pension und 32 % erwerbstätig.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

- **Berücksichtigung geschlechtsspezifischer Besonderheiten für Verbesserung der Versorgung**

Die Berücksichtigung geschlechtsspezifischer Besonderheiten kann nach Ansicht der Bundesregierung in der Medizin einen wesentlichen Beitrag zur Verbesserung der Versorgung und Patientensicherheit leisten.

Der wesentliche Einfluss des Geschlechts auf die Gesundheit sei mittlerweile gut untersucht und belegt, schreibt die Bundesregierung in einer Antwort auf eine Kleine Anfrage der FDP-Fraktion im Bundestag.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

- Projekt „8 Leben“ – Erfahrungsberichte und Wissenswertes zum Thema Suizid**

Dabei handelt es sich um ein Online-Programm mit dem Ziel, das Wissen zu Suizidalität zu verbessern und Stigmatisierung zu reduzieren. Das Programm bietet auch die Möglichkeit des Erfahrungsaustauschs. Es richtet sich an Menschen, die suizidale Gedanken haben oder hatten oder einen Suizidversuch gemacht haben und auch an Angehörige und Freunde, die jemanden durch Suizid verloren haben. Angesprochen werden sollen auch Angehörige und Freunde, die sich um jemanden sorgen sowie Menschen, die sich zum Thema Suizid informieren möchten.

Das Projekt wird über einen Zeitraum von 3 Jahren (2017-2020) vom Bundesministerium für Gesundheit (BMG) gefördert (Förderkennzeichen: 2517FSB117) und vom Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf durchgeführt (Institut und Poliklinik für Medizinische Psychologie, Institut für Medizinische Soziologie, Klinik und Poliklinik für Psychiatrie und Psychotherapie).

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- Videos zu Schizophrenie, Depression und Sozialphobie**

Der Bundesverband der Angehörigen psychisch erkrankter Menschen (BApK) e.V. hat zum Thema Schizophrenie ein Kurzvideo veröffentlicht, in dem Betroffene, Angehörige und Mediziner*innen ihre Erfahrungen mit der Erkrankung teilen. Zwei weitere Videos zu den Themen Depression und Sozialphobie sollen in Kürze folgen.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- Angehörigen- Entlastungsgesetz ist in Kraft getreten**

Das Gesetz zur Entlastung unterhaltsverpflichteter Angehöriger in der Sozialhilfe und in der Eingliederungshilfe wurde im Bundesgesetzblatt am 12. Dezember 2019 veröffentlicht und ist damit in Kraft getreten. Darin ist z.B. geregelt, dass Kinder und Eltern, die gegenüber Leistungsbezieher*innen nach dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch (SGB XII) unterhaltsverpflichtet sind, künftig entlastet werden, in dem die Unterhaltsheranziehung von Eltern und Kindern mit einem jeweiligen Jahresbruttoeinkommen von bis zu 100.000 Euro in der Sozialhilfe ausgeschlossen wird. Der Rückgriff auf Eltern volljähriger behinderter Kinder entfällt in der Eingliederungshilfe künftig vollständig.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- Forschungsbericht: Repräsentativbefragung zur Teilhabe von Menschen mit Behinderungen**

Die "Repräsentativbefragung zur Teilhabe von Menschen mit Behinderungen" (Teilhabestudie) untersucht die Teilhabe von Menschen mit Beeinträchtigungen und Behinderungen in unterschiedlichen Lebensbereichen. Durch den komparativen Vergleich zu Menschen ohne Beeinträchtigung erschließen sich die Besonderheiten der Lebenswelt von Menschen mit Beeinträchtigungen und Behinderungen. Die Teilhabestudie befragt sowohl Personen in Privathaushalten als auch Bewohner*innen von Einrichtungen der Eingliederungshilfe und Altenpflege.

Der dritte Zwischenbericht stellt zentrale Ergebnisse der umfangreichen Screening-Erhebung vor, die der Befragung in Privathaushalten vorgeschaltet war. Er legt auch dar, wie eine barrierefreie Erhebung sichergestellt wird und beschreibt das Stichprobenkonzept für die Erhebung in den Einrichtungen.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- „Selbstbestimmung und Qualität im Betreuungsrecht“ Abschluss des Diskussionsprozesses beim Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV)**

Im Koalitionsvertrag wurde vereinbart, das Betreuungsrecht zu verbessern. Dabei sollen die Ergebnisse der im Auftrag des BMJV durchgeführten Forschungsvorhaben zur Qualität in der rechtlichen Betreuung und zur Umsetzung des Erforderlichkeitsgrundsatzes in der betreuungsrechtlichen Praxis, im Hinblick auf vorgelagerte andere Hilfen in struktureller Hinsicht Berücksichtigung finden. Das BMJV hat hierfür einen Diskussionsprozess unter dem Titel "Selbstbestimmung und Qualität im Betreuungsrecht" geführt. Die Ergebnisse des Diskussionsprozesses wurden auf einer Veranstaltung Ende November 2019 vorgestellt.

Das BMJV kündigte an, dass auf der Grundlage der Ergebnisse der im Diskussionsprozess sowie der in Bund-Länder-Abstimmungen erfolgten Beratungen ein Referentenentwurf zur Stärkung von Selbstbestimmung und Qualität im Betreuungsrecht erarbeitet wird.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

- Broschüre "Wirkungen und Nebenwirkungen des Bundesteilhabegesetzes"**

Die Paritätische Broschüre "Wirkungen und Nebenwirkungen des Bundesteilhabegesetzes" wurde im April 2019 veröffentlicht. Nun liegt auch die Übersetzung in Leichter Sprache vor. Sie wurde vom Kompetenz-Zentrum Leichte Sprache übersetzt und von Aktion Mensch gefördert.

Die Broschüre beleuchtet das Thema sowie mögliche Auswirkungen der Änderungen aus unterschiedlichen Perspektiven. Darüber hinaus gibt sie einen Einblick in die vielfältigen Diskussionen der Fachveranstaltung „Wirkungen und Nebenwirkungen, Wirkungsorientierung im Bundesteilhabegesetz – menschenrechtliche und andere Perspektiven“ des Paritätischen. Mit der Broschüre will der Paritätische die Debatten zu Maßstäben und Kriterien der Wirkungskontrolle und zur Wirksamkeit der Leistungen zukunftsgerichtet befördern.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- Anpassung der Rehabilitations-Richtlinie an das Pflegepersonal-Stärkungsgesetz**

Der GBA hat am 19. Dezember 2019 seine Rehabilitations-Richtlinie an die Regelungen des Pflegepersonal-Stärkungsgesetzes angepasst. Für pflegende Angehörige entfällt demnach das geltende Prinzip einer gestuften Versorgung „ambulant vor stationär“. Der Anspruch auf eine stationäre Rehabilitation besteht nunmehr auch, wenn ambulante Leistungen aus medizinischer Sicht ausreichend wären. Zudem sieht die Änderung vor, dass der oder die Pflegebedürftige für die Dauer der Rehabilitation in der Klinik versorgt werden kann.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- Organspende: Abstimmung im Bundestag**

Durchgesetzt hat sich der "Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Entscheidungsbereitschaft bei der Organspende" einer Abgeordnetengruppe um Annalena Baerbock (Grüne) und Katja Kipping (Linke) mit der Zustimmungslösung. Darüber hinaus soll ein zentrales Online-Register eingeführt werden, in dem jede*r Bürger*in ihre/seine Haltung zur Organspende dokumentieren kann.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- Zugang zum Gesundheitssystem für Unionsbürger*innen, Angehörige der Europäischen Wirtschaftsraums (EWR) und der Schweiz**

Die Verbände der Freien Wohlfahrtspflege beraten Unionsbürger*innen vor allem in prekären Lebenslagen in bundesweit über 1.000 Migrationsberatungsstellen, Projekten, Einrichtungen und anderen Fachdiensten. Der Bereich Krankenversicherung ist einer der häufigsten Beratungsinhalte. Wichtig ist deshalb, die Berater*innen dabei zu unterstützen, Unionsbürger*innen gezielt zu helfen, zum Beispiel wenn Lücken in der Gesundheitsversorgung bestehen. Die Gründe dafür sind oftmals fehlende Kenntnisse der komplexen Materie und Schwierigkeiten bei der Rechtsdurchsetzung.

Die Publikation, verfasst durch die Sozialrechtexpertin Prof. Dr. Dorothee Frings, bietet übersichtliche Informationen, praktische Tipps und Beispiele, die in der Beratungsarbeit hilfreich sein können. Thematisiert wird die Europäische Krankenversicherungskarte, die Mitgliedschaft in einer gesetzlichen oder privaten Krankenversicherung, den Themenkomplex Beitragsrückstände und die Notfallhilfe nach Sozialgesetzbuch XII für Personen ohne Versicherungsschutz.

Mit dieser Broschüre möchten die Verbände der Bundesarbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtspflege (BAGFW) gemeinsam mit der Gleichbehandlungsstelle EU-Arbeitnehmer*innen einen Beitrag zur besseren Gesundheitsversorgung von Unionsbürger*innen in Deutschland leisten.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- Innovationsausschuss veröffentlicht vier neue Förderbekanntmachungen**

Am 12. Dezember 2019 hat der Innovationsausschuss beim Gemeinsamen Bundesausschuss (G-BA) die Veröffentlichung vier neuer Förderbekanntmachungen beschlossen. Entsprechend der Pressemeldung wurde für den Bereich der Versorgungsforschung neben einer themenoffenen Förderbekanntmachung auch eine themenspezifische Förderbekanntmachung veröffentlicht. Diese umfasst folgende Schwerpunkte:

 - Weiterentwicklung der Versorgung in wesentlichen nicht-ärztlichen Versorgungssettings,
 - Möglichkeiten der Qualitätssicherung digitaler Versorgungsangebote,
 - Veränderungen der Versorgungspraxis infolge digitaler Angebote,

- Perspektiven und Potenziale des Einsatzes Künstlicher Intelligenz (KI) in der Versorgung,
- Versorgungsforschung zu Leitlinien.

Für den Bereich der neuen Versorgungsformen gibt es neben einer themenoffenen Förderbekanntmachung ebenfalls eine themenspezifische mit folgenden Förderschwerpunkten:

- Altersmedizin – Neue Wege und Strukturen für die Versorgung der Zukunft,
- Innovative Ansätze der Kooperation zwischen den Versorgungsebenen für strukturschwache Regionen,
- Digitale Transformation – Lösungen zur Weiterentwicklung der Versorgung,
- Innovative Präventionsansätze für Menschen mit Behinderung.

Die Einreichungsfrist für Anträge zur Versorgungsforschung endet am 31. März 2020 um 12 Uhr. Anträge zu neuen Versorgungsformen können bis zum 28. April 2020 um 12 Uhr eingereicht werden.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

- **Krankenkassen machen eine Milliarde Euro Verlust**

Die Krankenkassen fahren Rekorderinnahmen ein, dennoch schließen sie das Jahr 2019 erstmals seit 2015 mit einem Verlust ab. Grund seien neue kostenintensive Behandlungen und teure Gesetzesänderungen.

„Das Defizit für 2019 wird über eine Milliarde Euro betragen“, sagte die Vorstandschefin des Verbands der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV), Doris Pfeiffer, den Zeitungen der Funke-Mediengruppe. Die meisten Krankenkassen würden ihren Zusatzbeitrag 2020 noch nicht erhöhen müssen. Erst ab 2021 werde es wohl zu höheren Beiträgen kommen, kündigte sie an. Im Jahr 2018 hatte der Einnahmeüberschuss der Kassen dem Bundesgesundheitsministerium zufolge zwei Milliarden Euro betragen.

Weil die meisten Kassen einen Teil ihrer Rücklagen auflösen würden, könnten sie aber ihre Zusatzbeiträge im Jahr 2020 stabil halten. Nach Angaben des Bundesgesundheitsministeriums lagen die Betriebsmittel und Rücklagen der Krankenkassen Ende 2018 bei rund 21 Milliarden Euro.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

- **GBA-Veranstaltung „Einfluss Europas auf die GKV“**

Am 2. Dezember 2019 fand in Berlin das Rechtssymposium des GBA „Der Einfluss Europas auf das Recht der gesetzlichen Krankenversicherung“ statt. Es widmete sich aktuellen Entwicklungen wie dem anstehenden Inkrafttreten der Medical Devices Regulation, dem Vorschlag zur Vereinheitlichung der Nutzenbewertung von medizinischen Indikationen („EU-HTA“) und den Auswirkungen der europäischen Richtlinie zur Verhältnismäßigkeitsprüfung. Zugleich sollte aber auch der allgemeine Ordnungsrahmen beleuchtet werden.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

- **BKK Gesundheitsreport 2019: Arbeit – psychisch gesund gestalten!**

Mit einem Krankenstand von 5,1% erreichen die Fehlzeiten bei den Beschäftigten im Jahr 2018 einen neuen Höchststand, so der aktuelle BKK Gesundheitsreport 2019: „Psychische Gesundheit und Arbeit“. Vor allem die stark ausgeprägte Grippewelle und der damit verbundene starke Anstieg der Fehlzeiten aufgrund Atemwegserkrankungen bzw. Infektionen ist für diesen Rekordwert verantwortlich. Daneben sind die Fehlzeiten aufgrund psychischer Erkrankungen im Vergleich zum Vorjahr mit +5,4% noch am stärksten angestiegen. 2,9 Arbeitsunfähigkeits-Tage werden im Jahr 2018 durchschnittlich pro Beschäftigten durch psychische Erkrankungen verursacht. Das entspricht, gemessen an den 18,5 AU-Tagen je Beschäftigten insgesamt, fast jeden sechsten AU-Tag (15,7%). Damit liegen die psychischen Störungen hinter den Muskel-Skelett-Erkrankungen (23,8%) sowie den Atemwegserkrankungen (16,4%) als AU-Ursache in diesem Jahr auf dem dritten Platz.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

- **DAK-Studie „Angst vor Krankheiten“**

Besonders junge Leute haben Angst vor psychischen Erkrankungen: 42% der 14- bis 29-Jährigen fürchten, an einer Depression, Angststörung oder an anderen Seelenleiden zu erkranken. Zum Vergleich: Über alle Altersgruppen hinweg sagen das 30%. Das zeigt aktuelle und repräsentative Studie der DAK-Gesundheit „Angst vor Krankheiten“. Die Analyse macht darüber hinaus deutlich: Junge Menschen fürchten sich auch häufiger vor anderen Krankheiten als andere Altersgruppen – beispielsweise vor

Diabetes oder schweren Augenerkrankungen. Krebs bleibt bei allen Menschen mit 69% mit Abstand der größte Angstmacher. Direkt nach Krebs kommt mit 49% die Angst vor Alzheimer und Demenz. Es folgt die Sorge vor einem Schlaganfall mit 45%. Etwa gleichgroß (43%) ist die Furcht vor einem schweren Unfall.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

- **Förderkorb für regionale Projekte**

Seit 2015 werden durch die Auslobung des PENNY Förderkorbs lokale und regionale Projekte und Initiativen von Penny gefördert, die benachteiligte Kinder und Jugendliche auf ihrem Weg unterstützen. Durch die Unterstützung dieser Einrichtungen sollen Zugangsbarrieren abgebaut werden und zu mehr sozialer Gerechtigkeit beigetragen.

Ab dem 3. Februar bis 29. März 2020 können sich Organisationen online auf www.foerderpenny.de bewerben und sich mit ihren Aktivitäten vorstellen. Alle Bewerbungen werden von PENNY und/oder ihren Beratern geprüft.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

- **Spahn erweitert Ministerium um Fachabteilung für Klima und Gesundheitsschutz**

Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) baut nach der Hälfte der Legislaturperiode sein Ministerium strukturell wie personell um. Mit einer neuen Abteilung 6 zum Thema „Gesundheitssicherheit“ sowie „Gesundheitsschutz, Klima und Nachhaltigkeit“ soll das Haus „insgesamt für die zweite Hälfte der Legislaturperiode fortentwickelt“ werden. Die Stellen seien im Haushaltsplan von 2020 der Bundesregierung ermöglicht worden.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

- **DMP-Anforderungen-Richtlinie: Änderung der Anlage 2, Ergänzung der Anlage 17 (DMP Depression) und der Anlage 18 (Depression – Dokumentation)**

In dieser Richtlinie werden Anforderungen an die Ausgestaltung von strukturierten Behandlungsprogrammen festgelegt. Es erfolgte eine Ergänzung in der Anlage 2 zum Thema Depression bezogen auf Anforderungen der Behandlung und Dokumentation. Die Richtlinie und die tragenden Gründe der Anpassung können [hier](#) eingesehen werden.

- **WHO warnt vor E-Zigaretten**

Die Weltgesundheitsorganisation hat ihre Warnung vor E-Zigaretten verschärft. E-Zigaretten seien demnach „ohne Zweifel“ gesundheitsschädlich und „nicht sicher“. Der Dampf von E-Zigaretten könne Föten im Mutterleib und das Gehirn von Jugendlichen schädigen. Nikotin mache in hohem Maße süchtig.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

Kleine Anfragen der Fraktionen im Bundestag

- **Antwort auf eine Kleine Anfrage der FDP-Fraktion: Bekämpfung des Rechtsextremismus**

Das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz erarbeitet derzeit den Entwurf eines Gesetzes zur Bekämpfung des Rechtsextremismus und der Hasskriminalität, mit dem mehrere Punkte des von der Bundesregierung am 30. Oktober 2019 beschlossenen Maßnahmenpakets umgesetzt werden. Das schreibt die Bundesregierung in ihrer Antwort ([19/16012](#)) auf eine Kleine Anfrage der FDP-Fraktion ([19/15595](#)). Der Gesetzentwurf werde derzeit innerhalb der Bundesregierung abgestimmt und auf der Homepage des Ministeriums veröffentlicht, sobald er den Ländern, kommunalen Spitzenverbänden, Fachkreisen und Verbänden im Rahmen der Beteiligung zugeleitet wird. Nach Ansicht der Fragesteller ist fraglich, wie diese Maßnahmen ausgestaltet werden sollen, inwiefern die vorgeschlagenen Maßnahmen geeignet sind, um das angestrebte Ziel zu erreichen und ob die Maßnahmen einen angemessenen bürgerrechtlichen Schutz unschuldiger Bürger*innen gewährleisten.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

- **Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der FDP-Fraktion: Reformvorschläge für die Ärzt*innenvergütung**

Die Wissenschaftliche Kommission für ein modernes Vergütungssystem (KOMV) soll bis Ende des Jahres 2020 ihre Vorschläge vorlegen. Die Kommission arbeite an einer Reform der ambulanten Honorarordnung für Ärzte (EBM) in der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) und der Gebührenordnung für Ärzt*innen (GOÄ) in der Privatversicherung (PKV), heißt es in der Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der FDP-Fraktion. Ob die Vorschläge umgesetzt werden, wird anschließend entschieden. Die Kommission habe am 22. August 2018 ihre Arbeit aufgenommen und arbeite unabhängig und vertraulich. Die Mitglieder der Kommission erhalten für ihre Mitwirkung an der Erstellung des Berichts eine Vergütung von insgesamt 562.632 Euro.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

- **Kleine Anfrage der FDP-Fraktion: Europäische Gesundheitspolitik**

Die gesundheitspolitischen Aktivitäten der EU sind Thema einer Kleinen Anfrage der FDP-Fraktion. Die Abgeordneten wollen wissen, wie die Bundesregierung diese EU-Aktivitäten vor dem Hintergrund der Zuständigkeit der Mitgliedsstaaten für die Gesundheitssysteme bewertet.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

Kinder und Jugendliche

- **Info-Material für Eltern: "Seelisch gesund aufwachsen" (U1 - U9)**

Die Deutsche Liga für das Kind hat sehr anschauliche Merkblätter und Filme, die sich an den zehn Früherkennungsuntersuchungen U1 bis U9 orientieren, veröffentlicht. Die zehn Merkblätter „Seelisch gesund aufwachsen“ orientieren sich an den bekannten Merkblättern „Kinderunfälle“ und wurden von den gesetzlichen Krankenkassen, dem Berufsverband der Kinder- und Jugendärzte (BVKJ), der Kasernenärztlichen Bundesvereinigung (KBV), der Deutschen Liga für das Kind, der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) sowie dem Nationalen Zentrum Frühe Hilfen (NZFH) entwickelt: Neben der körperlichen und geistigen Gesundheit ist die seelische Gesundheit von großer Bedeutung.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

- **Prävention Kindesmissbrauch: Online-Fortbildung und Infoflyer für Ärzt*innen und Psychotherapeut*innen**

Um Ärzt*innen und Psychotherapeut*innen dabei zu unterstützen, Kinder und Jugendliche vor sexueller Gewalt zu schützen und bei Verdachtsfällen richtig zu reagieren, hat die KBV ein eigens auf den ambulanten Gesundheitsbereich zugeschnittenes E-Learning-Angebot zum Thema Kinderschutz eingerichtet.

„Ärzt*innen und Psychotherapeut*innen nehmen bei diesem Thema eine Schlüsselrolle ein. Sie sind Vertrauenspersonen für Kinder und Eltern und oftmals erste Ansprechpartner für Betroffene. Und sie haben die Chance, Anzeichen für sexuellen Missbrauch zu erkennen“, betonte Dr. Stephan Hofmeister, stellvertretender Vorstandsvorsitzender der KBV. „Wir stellen daher verschiedene Fortbildungsmodule bereit, um das Wissen zu festigen und Unsicherheiten zu nehmen.“

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

- **Handlungsbedarf zum Schutz der Kinder vor sexueller Ausbeutung**

20 Jahre nach der Ratifizierung des Fakultativprotokolls der Vereinten Nationen über den Verkauf von Kindern, Kinder in der Prostitution und zu Darstellungen des sexuellen Missbrauchs von Kindern sieht ECPAT weiterhin großen Umsetzungsbedarf.

Im Rahmen des Staatenberichtsverfahrens zur Kinderrechtskonvention der Vereinten Nationen hat ECPAT nun zum zweiten Mal nach der Ratifizierung durch die Bundesregierung seinen Schattenbericht zum Fakultativprotokoll dem UN-Kinderrechteausschuss vorgelegt.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

- **Unabhängige Kommission zur Aufarbeitung sexuellen Kindesmissbrauchs veröffentlicht Empfehlungen für Aufarbeitungsprozesse in Institutionen**

Die Unabhängige Kommission zur Aufarbeitung sexuellen Kindesmissbrauchs hat ihre Empfehlungen zur Aufarbeitung sexuellen Kindesmissbrauchs in Institutionen veröffentlicht. Damit bekommen private, öffentliche oder nichtstaatliche Einrichtungen verbindliche Kriterien an die Hand, um zurückliegenden sexuellen Kindesmissbrauch in ihrer Institution aufzuarbeiten. Seit 2016 haben sich rund 1.500 Betroffene von sexuellem Missbrauch in Familien und Institutionen der Kommission in einer Anhörung oder mit einem schriftlichen Bericht anvertraut. Aus diesen Berichten konnten viele Erkenntnisse für die Empfehlungen gewonnen werden.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

- **Kinderrechte-Index für Deutschland: Großer Nachholbedarf bei Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention**

Das Deutsche Kinderhilfswerk (DKHW) hat am 4. Dezember 2019 den ersten „Kinderrechte-Index“ für die Bundesrepublik Deutschland vorgestellt. In der Pilotstudie werden vor allem die kinderrechtlichen Entwicklungsbedarfe, aber auch Beispiele guter Umsetzung in den einzelnen Bundesländern aufgezeigt. Damit ist der Index ein geeignetes Instrument für Landesregierungen, die Stärken und Schwächen ihrer Kinder- und Jugendpolitik zu überprüfen und diese gezielt zu verbessern.

Im Gesamtergebnis schneiden Brandenburg, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Sachsen und Schleswig-Holstein überdurchschnittlich ab. Dies bedeutet, dass in diesen Bundesländern die Kinderrechte vergleichsweise am besten umgesetzt werden. Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Bremen, Mecklenburg-Vorpommern, Nordrhein-Westfalen und Thüringen liegen im Durchschnitt. Hamburg, Hessen, Saarland und Sachsen-Anhalt sind insgesamt unterdurchschnittlich eingeordnet.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

- **Verbot von Konversionstherapien für Minderjährige**

Konversionstherapien sollen für Minderjährige und nicht einwilligungsfähige Erwachsene verboten werden. Das Verbot gilt nicht für Erwachsene, die selbstbestimmt handeln können. Bei Verstößen gegen das Verbot droht eine Freiheitsstrafe.

Mit dem gesetzlichen Verbot der Konversionstherapie, das am 18. Dezember 2019 im Bundeskabinett verabschiedet wurde, soll ein Beratungsangebot für Betroffene und diejenigen geschaffen werden, die sich beruflich mit dem Thema befassen. Die Beratung soll kostenfrei sein, mehrsprachig und anonym erfolgen. Sie soll sowohl als Telefon, als auch als Onlineberatung angeboten werden.

Nun müssen dem Gesetz noch der Bundestag und der Bundesrat zustimmen. In Kraft treten könnte das Gesetz dann voraussichtlich Mitte 2020.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

- **Gesetzes zum Schutz von Kindern vor geschlechtsverändernden operativen Eingriffen**

Am 9. Januar 2020 wurde der Referentenentwurf eines Gesetzes zum Schutz von Kindern vor geschlechtsverändernden operativen Eingriffen an die Länder und Verbände zur Stellungnahme übersandt. Der Entwurf dient der Umsetzung der Vereinbarung im Koalitionsvertrag, gesetzlich klarzustellen, „dass geschlechtsangleichende medizinische Eingriffe an Kindern nur in unaufschiebbaren Fällen und zur Abwendung von Lebensgefahr zulässig sind“.

Er sieht folgende Lösung vor:

- Verbot geschlechtsverändernder operativer Eingriffe an Kindern durch Einschränkung der Personensorge der Eltern,
- Ausnahme für solche Eingriffe, die das Familiengericht zur Abwendung einer Lebensgefahr oder erheblichen Gesundheitsgefahr genehmigt hat,
- Ausnahme für solche Eingriffe ohne Bezug zu einer Lebens- oder Gesundheitsgefahr, die ein mindestens 14-jähriges Kind begehrt, wenn weitere Voraussetzungen eingehalten sind (u. a. Zustimmung der Eltern und Genehmigung des Familiengerichts).

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

- Giffey kündigt Gesetzesinitiativen an**
 Bis Ende des Jahres 2020 will Bundesfamilienministerin Franziska Giffey (SPD) einen Vorschlag vorlegen, um Kinderrechte im Grundgesetz zu verankern. Dies kündigte die Ministerin am 15. Januar 2020 vor dem Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend an. Giffey informierte den Ausschuss über die Planungen ihres Ministeriums für 2020. Derzeit werde in einer Bund-Länder-Arbeitsgruppe über die Formulierung für eine entsprechende Änderung des Grundgesetzes beraten.
 Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- Sicher im Internet: Beratungsplattform für Jugendliche bietet jetzt auch Live-Chat an**
 Die von der Techniker Krankenkasse (TK) unterstützte Online-Beratungsplattform für Jugendliche - JUUUPORT - bietet jetzt auch einen wöchentlichen Live-Chat an. Junge Ratsuchende, die Probleme im Web haben, können sich live zu einem vorher festgelegten Thema melden und ihre Fragen an die jugendlichen Berater*innen stellen. Auf dem Portal beraten Jugendliche andere Jugendliche. Der Live-Chat stellt eine Ergänzung zu dem bestehenden Beratungskanal, einem Kontaktformular auf der Website www.JUUUPORT.de, dar. Bei Anfragen via Kontaktformular erfolgt eine Antwort spätestens nach 48 Stunden.
 Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

Informationen zur Versorgung von Geflüchteten

- Jeder Vierte Mensch in Deutschland hat einen Migrationshintergrund**
 Dies geht aus dem 12. Bericht der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration hervor. Danach hat eine Person "einen Migrationshintergrund, wenn sie selbst oder mindestens ein Elternteil die deutsche Staatsangehörigkeit nicht durch Geburt besitzt". Im Jahr 2017 hatten demnach laut Vorlage von den insgesamt 81,7 Millionen Menschen in der Bundesrepublik 19,3 Millionen oder 23,6 Prozent einen Migrationshintergrund. 13,2 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund sind den Angaben zufolge selbst eingewandert, während 6,1 Millionen in Deutschland geboren sind und daher keine eigene Migrationserfahrung haben. 9,8 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund (12,0 Prozent der Gesamtbevölkerung) waren laut Bericht im Jahr 2017 deutsche Staatsangehörige und 9,4 Millionen (11,5 Prozent der Gesamtbevölkerung) besaßen eine ausländische Staatsangehörigkeit. "Von den 9,8 Millionen Deutschen mit Migrationshintergrund besaßen im Jahr 2017 1,6 Millionen neben der deutschen eine weitere Staatsangehörigkeit", heißt es in der Unterrichtung weiter.
 Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

Angestellte

- Stationsäquivalente psychiatrische Behandlung**
 Die stationsäquivalente psychiatrische Behandlung wird laut Pressemeldung der Deutschen Krankenhausgesellschaft (DKG) nur zögerlich umgesetzt. Unverändert schwierig soll auch die wirtschaftliche Situation in den psychiatrischen Krankenhäusern sein. Nur ein Drittel der psychiatrischen Einrichtungen beurteilt die wirtschaftliche Lage als gut. Zu diesem Ergebnis kommt eine jährlich durchgeführten Repräsentativbefragung der psychiatrischen Krankenhäuser und Fachabteilungen in Deutschland, die das Deutsche Krankenhausinstituts (DKI) im aktuellen PSYCHIatrie Barometer veröffentlicht hat. Weitere Themen des PSYCHIatrie Barometers sind das Entlassmanagement, die ambulante Notfallversorgung, die Nachweispflicht zur Personalausstattung und Patientenbefragungen.
 Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- Neuregelungen im Arbeits- und Sozialrecht ab 2020**
 Wer erst einmal genug hat von TSVG, DVG oder Psychotherapie-Richtlinien-Reform, die uns in 2019 in Atem gehalten haben, könnte sich die Änderungen und Neuregelungen im Arbeits- und Sozialrecht ansehen, die zum Jahresbeginn und im Laufe des Jahres 2020 wirksam werden. Neben den gesetzlichen

Neuregelungen aus den Bereichen Arbeitsmarktpolitik, Arbeitslosenversicherung und Grundsicherung für Arbeitsuchende gibt es Anpassungen im Arbeitsrecht, im Arbeitsschutzrecht sowie Änderungen des Mindestlohns und der Sozialversicherung (u.a. gibt es höhere Regelbedarfe in der Sozialhilfe, SGB XII).

Interessant für unsere politische Arbeit ist u.a. die Umbenennung des Bundesversicherungsamts (das BVA ist die Rechtsaufsicht über folgende Krankenkassen: <https://www.bundesversicherungsamt.de/bundesversicherungsamt/liste-der-traeger-die-der-aufsicht-des-bundesversicherungsamtes-unterstehen.html>) zum 1. Januar 2020 in Bundesamt für Soziale Sicherung („...durch die Namensänderung kommt die stetige Weiterentwicklung von einer Aufsichts- zu einer vielschichtigen Verwaltungs- und Finanzbehörde im Rechtskreis der Sozialversicherung zum Ausdruck...“).

Interessant für Kolleg*innen, die betroffene Patient*innen betreuen, sind die Verbesserungen für Gewaltopfer (einschließlich Terroropfer):

Rückwirkend zum 1. Juli 2018 werden für Leistungsberechtigte nach dem Bundesversorgungsgesetz, das unter anderem für Gewaltopfer einschließlich Terroropfer gilt, die Waisenrenten und das Bestattungsgeld bei schädigungsbedingtem Tod erhöht und die Leistungen für Überführungskosten verbessert. Auch das Opferentschädigungsgesetz selbst wird rückwirkend zum 1. Juli 2018 geändert. Dadurch erhalten sich rechtmäßig in Deutschland aufhaltende Ausländerinnen und Ausländer, die Opfer einer Gewalttat werden, die gleichen Entschädigungsleistungen wie deutsche Gewaltopfer.

Interessant dürfte auch das In-Kraft-Treten der Dritten Reformstufe des Bundesteilhabgesetzes zum 1. Januar 2020 sein (= Reform der Eingliederungshilfe). Die Eingliederungshilfe wird aus dem Fürsorgesystem der Sozialhilfe herausgelöst und als eigenständiges Leistungsrecht in das SGB IX eingebettet. Damit einher gehen wesentliche Verbesserungen für die leistungsberechtigten Menschen mit Behinderungen (Stichwort: Abkehr vom sogenannten „Komplettpaket“).

Die Übersicht finden Sie [hier](#).

- **BMG genehmigt Richtlinie zur Personalausstattung Psychiatrie und Psychosomatik mit Auflage PPP-Richtlinie ist zum 1. Januar 2020 in Kraft getreten**

Das Bundesgesundheitsministerium (BMG) hat die G-BA-Richtlinie zur Personalausstattung in Psychiatrie und Psychosomatik (PPP-Richtlinie) genehmigt, diese jedoch mit einer Auflage ergänzt.

Nach dem Willen des BMG soll der Gemeinsame Bundesausschuss (G-BA) die Mindestvorgaben für das Personal in den psychosomatischen Kliniken nun nochmals überprüfen. Dabei soll geprüft werden, inwiefern die psychosomatischen Behandlungsbereiche weiter zu differenzieren sind und in welcher Form die Minutenwerte, die den Behandlungseinheiten je Patient*in / Zeit zugrunde liegen, ggf. anzupassen sind.

Die Richtlinie wurde mittlerweile im Bundesanzeiger veröffentlicht und ist damit in Kraft. Falls die Regelungen für die psychosomatischen Kliniken noch geändert werden müssen, soll der G-BA diese bis zum 31. Oktober 2020 anpassen. Falls diese Frist nicht eingehalten werden kann, werden die vorgesehenen Sanktionsregelungen für diese Kliniken weiter ausgesetzt.

Das BMG weist mit seiner Auflage an den G-BA deutlich darauf hin, dass es für Psychiatrie und Psychosomatik noch erheblichen Nachbesserungsbedarf in der psychotherapeutischen Versorgung sieht.

Der Beschluss des G-BA vom 19. September 2019 finden Sie [hier](#).

Die dazugehörige Pressemitteilung finden Sie [hier](#).

- **Petition des BApK erfolgreich: Personalbemessung in psychiatrischen Kliniken**

Vom Bundesverband der Angehörigen psychisch erkrankter Menschen (BApK) haben wir erfahren, dass die im September 2019 vom BApK initiierte Petition für eine ausreichende und flächendeckende Personalbemessung in psychiatrischen Kliniken erfolgreich war. Sie verzeichnet 20.148 Online-Unterstützer und 33.987 per Unterschriftenliste. Mit der erfolgreichen Petition wird es laut BApK eine öffentliche Anhörung im Petitionsausschuss des Bundestags geben, der anschließend eine Empfehlung für den deutschen Bundestag aussprechen wird.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

Niedergelassene

- **Grobe Mängel in den Zugangsprozessen des Telematik-Netzwerks**

Hackern des Chaos Computer Club ist es gelungen, sich Zugangsberechtigungen für das sogenannte Telematik-Netzwerk zu verschaffen. An das Netz sind über 115.000 Praxen angeschlossen. Über das System sollen in naher Zukunft verpflichtend digitale Patient*innendaten und elektronische Rezepte ausgetauscht werden. Die Sicherheitsforscher*innen konnten sich gültige Heilberufsausweise, Praxisausweise, Konnektorkarten und Gesundheitskarten auf die Identitäten Dritter verschaffen. Mit diesen Identitäten konnten sie anschließend auf Anwendungen der Telematik-Infrastruktur und Gesundheitsdaten von Versicherten zugreifen. Die Hacker stellten grobe Mängel in den Zugangsprozessen fest, und demonstrieren mit Beispielangriffen, wie sich kriminelle Identitäten erschleichen können. Im Falle der eGK gelang dies bereits zum wiederholten Male.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

- **Impfpflicht gegen Masern auch für Psychotherapeut*innen**

Der Gesetzgeber hat eine Impfpflicht gegen Masern auch für Psychotherapeut*innen beschlossen. Die Änderungen des Infektionsschutzgesetzes sehen vor, dass Personen, die nach 1970 geboren sind und in Einrichtungen des Gesundheitswesens tätig sind, einen ausreichenden Impfschutz oder eine Immunität gegen Masern aufweisen müssen. Zu den Einrichtungen zählen z. B. auch Krankenhäuser, Rehakliniken sowie psychotherapeutische und ärztliche Praxen. Das Gesetz tritt voraussichtlich zum 1. März 2020 in Kraft.

Um einen ausreichenden Impfschutz nachzuweisen, muss der/die Psychotherapeut*in einen Impfausweis oder eine ärztliche Bescheinigung vorlegen können. Daraus muss hervorgehen, dass ein Impfschutz oder eine Immunität gegen Masern besteht. Der Nachweis muss nicht einer Behörde vorgelegt werden, sondern es reicht aus, ihn in den Unterlagen zu haben. Angestellte Psychotherapeut*innen müssen ihn der Leitung ihrer Einrichtung vorlegen. Ausgenommen sind Personen, die aufgrund einer medizinischen Kontraindikation nicht geimpft werden können.

Psychotherapeut*innen, die eine Einrichtung des Gesundheitssystems leiten, haben dafür Sorge zu tragen, dass Personen vor Aufnahme ihrer Tätigkeit einen ausreichenden Impfstatus oder Immunität gegen Masern nachweisen. Dies gilt ausdrücklich auch für Reinigungskräfte oder Praktikant*innen in einer psychotherapeutischen Praxis. Leitende Psychotherapeut*innen müssen also den ausreichenden Masernschutz ihrer Mitarbeiter*innen überprüfen und dokumentieren. [...]"

Weitere Informationen finden Sie [hier](#) und [hier](#).

Weitere Informationen zur Impfpflicht und zum Impfschutz im Allgemeinen auf der Internetseite des Bundesministeriums für Gesundheit finden Sie [hier](#).

- **Tabelle EBM 1-2020 (ab 01. Januar 2020)**

Das 1. Quartal 2020 bringt eine (leichte) Erhöhung des Punktwerts und damit neue Euro-Beträge für die psychotherapeutischen Leistungen. Eine aktualisierte Übersicht finden Sie anbei und im internen Mitgliederbereich unter www.dgvt-bv.de ⇒ Niedergelassene ⇒ EBM.

Den Gesamtüberblick des sog. Fachgruppen-EBM und die jeweiligen Leistungsbeschreibungen in der Fassung vom Januar 2020 finden Sie auf der [Internetseite der KBV](#).

Zum Hintergrund: Der Orientierungspunktwert (OPW) wurde von 10,8226 Cent auf 10,9871 Cent angehoben. Damit steigen die Preise für alle ärztlichen und psychotherapeutischen Leistungen um 1,52 Prozent ab 01. Januar 2020. Auf den Anstieg hatte sich die KBV mit dem GKV-Spitzenverband bei den bundesweiten Honorarverhandlungen geeinigt.

- **Start der elektronischen Patientenakte droht sich zu verzögern**

Wie das Handelsblatt am 16. Dezember 2019 meldet, fordern das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) und Justizministerium mehr Datenschutz bei der elektronischen Patientenakte. Dabei soll es um zahlreiche detaillierte Datenschutzforderungen gehen. Beispielsweise sollen Ärzt*innen, der/m ein/e Patient*in Zugriff auf die elektronische Patientenakte erteilt hat, laut Voreinstellung sieben Tage Zugriff auf die Daten haben. In den technischen Vorgaben waren eigentlich 28 Tage vorgesehen. Sollte das Datenschutzgesetz in seiner derzeitigen Form beschlossen werden, wäre

der Starttermin für die elektronische Patientenakte mit hoher Wahrscheinlichkeit kaum haltbar, heißt es.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

- **Anpassung der Bedarfsplanungs-Richtlinie**

In dieser Richtlinie ist u.a. geregelt, dass für die ärztlichen Psychotherapeut*innen eine Quote von 25 von Hundert gilt. Zusätzlich wurde mit Reform der Bedarfsplanung zum 30. Juni 2019 eine Regelung aufgenommen, wonach innerhalb dieser Quote ein 50 %-Anteil für Fachärzt*innen für Psychosomatische Medizin und Psychotherapie vorzuhalten ist. Die Psychosomatiker*innen können demnach nur als Unterquote („Quote in der Quote“) zusätzlich ausgewiesen werden, wenn im gesperrten Planungsbereich keine Quotensitze für ärztliche Psychotherapeut*innen mehr bestehen. Daher wurde eine Anpassung in der Anlage 2.4 der Richtlinie vorgenommen, da sich auch Psychosomatiker*innen auf offene Sitze für ärztliche Psychotherapeut*innen bewerben können. Die Richtlinie und die tragenden Gründe können [hier](#) eingesehen werden.

Kostenerstattung

- **Neue Gebührenordnung Unfallkassen (DGUV) ab 01. Januar 2020**

Die neue Gebührenordnung der DGUV sieht 130 € für die Behandlungsstunde sowie viele neue traumaspezifische Abrechnungsmöglichkeiten vor.

Weitere Informationen zum sog. Psychotherapeutenverfahren der DGUV finden Sie [hier](#).

Hinweis für Kostenerstatter*innen:

Die Anforderungen der gesetzlichen Unfallversicherungsträger zur Beteiligung am Psychotherapeutenverfahren finden Sie [hier](#).

Das Psychotherapeutenverfahren richtet sich an „ärztliche und Psychologische Psychotherapeuten, die über spezielle fachliche Befähigungen verfügen und zur Übernahme bestimmter Pflichten bereit sind.“ Das heißt: auch Kolleg*innen ohne KV-Zulassung (die die sonstigen o.g. Anforderungen erfüllen) können sich daran beteiligen.

Regionales

- **Baden-Württemberg: Drogenkonsumraum eröffnet in Karlsruhe**

In Karlsruhe wurde der erste baden-württembergischen Drogenkonsumraum eröffnet, in dem schwerstabhängige Menschen unter Betreuung und hygienisch guten Bedingungen konsumieren können. Das berichteten Medien am 06. Dezember 2019. In Deutschland gibt es bereits über zwanzig solcher Einrichtungen in sechs Bundesländern (Berlin, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Saarland). Der Konsumraum in Karlsruhe befindet sich neben einem schon bestehenden Kontaktladen für Suchtkranke, im Drogenkonsumraum selbst ist immer ein/e Sozialarbeiter*in anwesend.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

- **Bayern: Neue Bedarfsplanung - 117 neue Psychotherapeut*innen-Sitze**

Die KV Bayern hat nun auch die neuen Niederlassungsmöglichkeiten veröffentlicht - es gibt 117 neue Sitze für Psychotherapeut*innen (davon 12 Sitze für KJP aufgrund der KJP-Mindestquote).

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

Hier einige erste Hintergrundinfos zur besseren Einordnung der neuen Bedarfsplanung in Bayern:

„Dank der Reform der Bedarfsplanung können sich voraussichtlich in vielen Regionen Bayerns, insbesondere auf dem Land, Möglichkeiten ergeben, die ambulante Versorgung punktuell zu verbessern“, erklärte die KV-Spitze – Dr. Wolfgang Krombholz, Dr. Pedro Schmelz und Dr. Claudia Ritter-Rupp – per Pressemitteilung. Zugleich betonte das Vorstandstrio: „Neue Niederlassungsmöglichkeiten bedeuten nicht automatisch, dass sofort auch Ärzt*innen und Psychotherapeut*innen zur Verfügung stehen,

um diese zu nutzen. Wegen des zunehmenden Ärztemangels ist es eine große Herausforderung für alle Beteiligten, die neu entstehenden Sitze auch zu besetzen.“

Krombholz, Schmelz und Ritter-Rupp weisen zudem darauf hin, dass die Entscheidung über die Besetzung der neuen Vertragsarztsitze nicht bei der KVB liegt. Dafür seien die Zulassungsausschüsse in den einzelnen Regierungsbezirken zuständig. Diese seien per Gesetz unabhängig, nicht an Weisungen gebunden und besetzt mit Vertreter*innen der Ärzt*innen beziehungsweise Psychotherapeut*innen und der Krankenkassen.

Die Zahl und die räumliche Aufteilung der neuen Sitze ergeben sich nach KV-Angaben aus dem Arzt-Einwohner-Verhältnis, das durch einen Morbiditätsfaktor an die jeweiligen regionalen Gegebenheiten angepasst wird. Das Ergebnis ist eine regionale Verhältniszahl, die anzeigt, wie viele Ärzt*innen einer Arztgruppe pro Einwohner*in in einer Region für eine ausreichende Versorgung als erforderlich angesehen werden. Überschreitet die Anzahl die berechnete Vollversorgung um zehn Prozent, gilt der Bereich für die entsprechende Gruppe als rechnerisch üerversorgt und wird für Neuzulassungen gesperrt.

- **Bayern: Ausbau interkulturelle Gesundheitskurse**

Wer nur wenig Deutsch versteht, soll hierzulande bei Gesundheitsthemen keine Probleme bekommen. Dafür wird das interkulturelle Projekt „MiMi - Mit Migrant*innen für Migrant*innen“ beispielsweise in Bayern stetig ausgebaut. Im vergangenen Jahr stieg die Zahl der Standorte in Bayern mit Hof, Bayreuth und Landsberg am Lech um 3 auf 15, wie Gesundheitsministerin Melanie Huml (CSU) mitteilte.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

- **Bayern: Ab sofort gibt es eine Landarztquote**

Zur Deckung des Ärzt*innenmangels in Bayern gibt es ab sofort eine Landarztquote. Der am 05. Dezember 2019 vom Landtag mit großer Mehrheit beschlossene Gesetzentwurf der Staatsregierung sieht vor, vom Wintersemester 2020/21 an bis zu 5,8% der bayerischen Medizinstudienplätze für Studierende zu reservieren, die ein Interesse an der hausärztlichen Tätigkeit im ländlichen Raum haben. Das Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit wird für das Bewerbungs- und Auswahlverfahren, die Administration und das Monitoring zuständig sein. Es hat bereits mit den Vorbereitungen begonnen. Das erste Bewerbungsverfahren soll im Februar 2020 stattfinden, das erste Auswahlverfahren dann im Frühjahr/Sommer 2020. Im Wintersemester 2020/2021 können die ersten erfolgreichen Bewerber*innen ihr Studium beginnen.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

- **Mecklenburg-Vorpommern: Vier neue Schwerpunktstaatsanwaltschaften**

Bei der Staatsanwaltschaft Rostock wird eine Schwerpunktstaatsanwaltschaft zur Bekämpfung von Straftaten im Gesundheitswesen eingerichtet. Das haben Justizministerin Katy Hoffmeister und Generalstaatsanwältin Christine Busse am 03. Dezember 2019 auf der Landespressekonferenz Mecklenburg-Vorpommern bekannt gegeben. „In den letzten Jahren haben sich in einigen Kriminalitätsfeldern nachhaltige Veränderungen gezeigt, die besondere Herausforderungen mit sich bringen“, sagte Busse. Das betreffe auch den Gesundheitsbereich.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

- **Schleswig-Holstein: 100 neue Niederlassungsmöglichkeiten für Ärzt*innen und Psychotherapeut*innen**

Schleswig-Holstein bekommt zusätzliche Praxen für 100 Ärzt*innen und Psychotherapeut*innen - wenn es dafür genügend Bewerber*innen gibt. Denn es ist genau vorgeschrieben, wo die Praxen liegen. So sollen auch auf dem Land alle Bürger*innen eine/n Ärzt*in in erreichbarer Nähe haben.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

Termine – DGVT-Fortbildung

- **Das kommt mir Spanisch vor! Besonderheiten in der Therapie von Patient*innen mit Migrationshintergrund**
07.-08.02.2020 in Stuttgart
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Affären und Außenbeziehungen als Thema in der Paartherapie**
06.-07.03.2020 in Berlin
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **KIKOS 4: Therapiestunden einmal anders! Wie und wann wende ich Klopfen, Impact, Hypnose, Embodiment und Lösungsorientierung an?**
06.-07.03.2020 in Berlin
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Spieltherapeutische Interventionen in der Verhaltenstherapie**
Start der Reihe: 13.03.2020 in Reutlingen
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Ich lade Dich ein in meine Welt – Verhaltenstherapie für Menschen mit Intelligenzminderung**
28.03.2020 in Frankfurt am Main
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Akzeptanz- und Commitment Therapie (ACT) – Aufbau**
18.-19.04.2020 in Potsdam
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Es gibt immer einen der mehr will... Wenn es keine Lösung zu geben scheint**
24.-25.04.2020 in Berlin
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Akzeptanz- und Commitment Therapie (ACT) – Einführung**
08-09.05.2020 in Stuttgart
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Psychotherapie von Menschen mit Körper- und Sinnesbehinderung**
09.05.2020 in Stuttgart
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Suizidalität: Risikoabschätzung & Krisenintervention**
09.05.2020 in München
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Paartherapie Fallseminar „Schwerpunkt Affären/Konfrontation“**
15.-16.05.2020 in Berlin
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Akzeptanz- und Commitment Therapie und japanische Kampfkunst**
16.-17.05.2020 in Potsdam
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Traumatherapie (DGVT)**
Start der Reihe am 16.05.2020 in München
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Neurobiologie (der PTBS) und theoretische Grundlagen**
16.-17.05.2020 in München
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Hoch- und Höchstbegabung: Herausforderungen und Lösungen außerhalb der Norm**
05.-06.06.2020 in Frankfurt am Main
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Traumatherapie – Einführung**
13.-14.06.2020 in Berlin
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Das Schweigen der Paare. Intimität und Nähe in Langzeitbeziehungen**

- 19.-20.06.2020 in Hannover
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Klopfmethoden bzw. Energetische Psychotherapie – imaginative Exposition mit sensorischer Stimulierung**
19.-20.06.2020 in München
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
 - **Kognitive Verhaltenstherapie (KVT) bei traumatisierten Menschen**
20.-27.06.2020 in München
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
 - **Spieltherapeutische Interventionen in der Verhaltenstherapie – Einführung**
03.-04.07.2020 in Reutlingen
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
 - **Behandlung komplexer Traumatisierungen**
04.-05.07.2020 in München
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
 - **Warum wir Max und Moritz, den bösen Friederich und Rumpelstilzchen nicht in einen Topf werfen dürfen**
10.-12.07.2020 in Stuttgart
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
 - **Therapeutische Identitäten gestern und morgen**
28.-29.08.2020 in Dortmund
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
 - **Ich weiß genau was du willst. Theory of mind für die Arbeit mit Paaren und in schwierigen Situationen in der Paartherapie nutzen**
28.-29.08.2020 in Berlin
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
 - **ACT – Einführung und Anwendung**
Start der Reihe: 26.09.2020 in Dresden
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

Termine – DGVT-BV-Fortbildung

- **Abrechnung nach der Gebührenordnung für Psychotherapeuten (GOP) für KJP (Webinar)**
01.04.2020, online über die Plattform "clickmeeting"
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Basics der Abrechnung – leicht erklärt für PP und KJP (Webinar)**
30.04.2020, online über die Plattform "clickmeeting"
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Abrechnung nach dem Einheitlichen Bewertungsmaßstab (EBM) für PP (Webinar)**
28.05.2020, online über die Plattform "clickmeeting"
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Abrechnung nach dem Einheitlichen Bewertungsmaßstab (EBM) für KJP (Webinar)**
03.06.2020, online über die Plattform "clickmeeting"
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Abrechnung nach der Gebührenordnung für Psychotherapeuten (GOP) für PP (Webinar)**
25.06.2020, online über die Plattform "clickmeeting"
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Online-Therapie und -Beratung**
14.-15.11.2020 in Düsseldorf
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Wirtschaftliche Praxisführung**
27.-28.11.2020 in Frankfurt am Main
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

Termine – Tagungen

- **22. DGVt-Workshoptagung**
Change it – Veränderungsprozesse in der Psychotherapie
26.-28.03.2020 in Köln
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **9. Sommerakademie der DGVt Fort- und Weiterbildung**
Mit den passenden Worten
18.-20.06.2020 in Rostock-Warnemünde
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

Interaktive Fortbildung

Kommen Sie Ihrer Fortbildungsverpflichtung flexibel und zeitsparend mit der [Interaktiven Fortbildung](#) nach.

Online Fachartikel lesen und Fortbildungspunkte bei erfolgreicher Lernerfolgskontrolle (Multiple Choice-Fragen) erhalten.

- **Cognitive Processing Therapy zur Behandlung der Posttraumatischen Belastungsstörung**
Julia König und Rita Rosner
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Geistige Entwicklung des Menschen im Lichte der kritisch-philosophischen Auseinandersetzungen mit den Fragen der Religion, Spiritualität und Psychotherapie (nur noch bis zum 14.02.20 bearbeitbar)**
Tatjana Jungblut
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

Termine der Landesgruppen

- **Berlin**
Regionale Mitgliederversammlung am Montag, 10. Februar 2020 um 19.30 Uhr im DGVt-Ausbildungsinstitut (KJP) in der Innsbrucker Str. 14-15, 10825 Berlin.
Eine detaillierte Einladung finden Sie [hier](#).
- **Hamburg**
Regionale Mitgliederversammlung am Montag, 24. Februar 2020 um 19.00 Uhr im DGVt-Ausbildungszentrum (Seewartenstr. 10, Raum Tübingen). Eine detaillierte Einladung finden Sie [hier](#).
- **Veranstaltung "Psychotherapie Beruf mit Zukunft - Zukunft des Berufes" in Bielefeld**
Liebe Kolleg*innen,
ich möchte Sie im Namen der Psychotherapeut*innen OWL auf eine interessante Veranstaltung am Mittwoch, 4. März 2020 in der Ravensberger Spinnerei Bielefeld (Heeper Str. 37, 33602 Bielefeld, Historischer Saal) hinweisen: „Psychotherapie Beruf mit Zukunft - Zukunft des Berufes“ mit Dr. Stefan Fliegel (DGVt) und Prof. Dr. Frank Neuner (Uni Bielefeld)
Organisiert wird die Veranstaltung von den Psychotherapeut*innen OWL (www.psychotherapeutInnen-OWL.de).
Viele Grüße
Stefan Engelbrecht
Landessprecher Nordrhein-Westfalen
DGVt und DGVt-BV
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).